

Bildnutzungen im Internet-Urheber- und Persönlichkeitsrechtliche Hinweise

Vorab

Ich wurde von vielen Landesverbänden, Bezirken und Unterbezirken darum gebeten, Euch eine kurze Handreichung zum Umgang mit Bildern, insbesondere für das Internet, zu erstellen. Dies ist das Ergebnis.

Ich möchte darauf hinweisen, dass trotz des nicht unbeträchtlichen Textumfangs hier nur ein kleiner, aber wesentlicher, Ausschnitt der zu beachtenden urheberrechtlichen Punkte behandelt werden kann. Ich bitte Euch daher, wenn Ihr Eure konkrete Frage nicht beantwortet findet, mich zu kontaktieren. <u>Der Text darf ausschließlich für parteiinterne Zwecke genutzt werden</u>.

1. Grundsätzliches zur Nutzung von Bildern im Internet

Grundsätzlich gilt für die Nutzung von Bildern auf SPD-Seiten nichts anderes als für die Nutzung von Bildern in Broschüren/Flyern, in Partei-Zeitungen und in sonstigen SPD-Werbematerialien/-mitteln. Nur werden Lizenzverstöße im Internet durch den hohen Verbreitungsgrad viel schneller entdeckt und von den Berechtigten daher entsprechend öfter verfolgt.

Jedem/jeder Fotografen/Fotografin steht als Urheber/in eines von ihm/ihr gefertigten Bildes das Recht zu, selbst zu entscheiden, ob andere sein(e)/ihr(e) Bild/er verwenden dürfen (Verwertungsrechte, §§ 15 ff. UrhG) und wie dies geschehen zu (Urheberpersönlichkeitsrecht, §§ 12 ff. UrhG). Für die Einräumung der Nutzungs-/Lizenzrechte nach Ş 31 UrhG ist dem/der Fotografen/Fotografin eine angemessene Vergütung zu zahlen.

Der/die Fotograf/in eines Bildes muss bei dem Bild grundsätzlich genannt werden; nur er/sie kann verlangen, wie die Benennung bei der

Urheber- und Urheberpersönlichkeitsrechte (UrhG)



Verbreitung des Bildes zu erfolgen hat (z.B. Aufnahme: Lisa Müller). Von Agenturen wird üblicherweise nur ein Kürzel wie z.B. "dpa" verlangt.

Es bestehen aber auch Rechte an Fotoaufnahmen, wenn eine Urheberrechtskennung nicht aufzufinden ist. Es gibt nach dem deutschen Recht keine Pflicht des/der Urhebers/Urheberin, die Bilder zu kennzeichnen. Lediglich der/die Nutzer/in ist verpflichtet, die Kennung entsprechend den Vorgaben des/der Fotografen/Fotografin vorzunehmen. Verzichtet der/die Fotograf/in sein/ihr auf Kennzeichnungsrecht, was er/sie darf, ist der/die Nutzer/in zwar nicht verpflichtet eine Kennzeichnung vorzunehmen. Die Rechte des/der Urhebers/Urheberin nach dem Urheberrechtsgesetz (UrhG) bleiben aber bestehen. D.h.: Auch nicht irgendwie gekennzeichnete Bilder genießen immer Urheberrechtsschutz innerhalb der Schutzfrist (s. unten Punkt 2). Ihr dürft also ein Bild auch dann nicht (ohne Genehmigung) vervielfältigen und auf Eurer Internetseite verbreiten, wenn der/die Fotograf/in nicht zu ermitteln ist. Sonst wisst Ihr spätestens mit der Abmahnung, wer der/die Fotograf/in ist; den/die Rechtsanwalt/Rechtsanwältin lernt Ihr dann meistens auch gleich noch kennen. Auf diesem Weg erfährt man leider häufiger, als man denkt, wer Rechteinhaber/in ist.

Für die auf **spd.de** eingestellten Bilder gilt, dass diese nur dann von Parteigliederungen übernommen werden dürfen, wenn kein Urheberrechtsvermerk unter dem Bild zu finden ist. Findet sich auf der Hauptseite oder der entsprechenden Unterseite z.B. der Vermerk "Bild: dpa", dürfen die Bilder nur vom Parteivorstand, nicht aber von den Gliederungen genutzt werden. Niemals dürfen Bilder von beworbenen Bildbroschüren und Plakaten mit Bildmotiven verwendet werden.

Bilder auf www.spd.de



Nicht selbst fotografierte Bilder dürfen also nicht ohne Weiteres aus dem Internet kopiert werden, um sie anschließend im eigenen Internetauftritt zu verwenden oder anderweitig zu nutzen. D.h. die Forderungen von Verwertungsberechtigten auf Schadenersatz sind in aller Regel der Sache nach berechtigt, wenn Ihr die Bilder ohne Einwilligung des/der Berechtigten ins Internet stellt.

Zusammenfassung: Vervielfältigung von Bildern aus dem Netz

Vervielfältigung von Werken Dritter/Kunst/Bauwerken

Es ist auch nicht zulässig, ohne Zustimmung des Urhebers selbsthergestellte Fotos von Werken zu nutzen (d.h. zu vervielfältigen und zu verbreiten), wenn dadurch Werke nach § 2 UrhG vervielfältigt werden, die selbst urheberrechtlichen Schutz genießen. Z.B. ist es nicht möglich, selbst Bilder von Aquarellen eines Künstlers herzustellen und diese Bilder dann ohne Zustimmung und ohne Vergütung des Künstlers eigene Internetangebot aufzunehmen. Aufnahmen Innenansichten von Gebäuden dürfen nicht gefertigt und verbreitet werden. Selbst die Plastik von Rainer Fetting im Willy-Brandt-Haus darf nur ausnahmsweise aufgrund einer Sondervereinbarung zwischen Rainer Fetting, der Verwertungsgesellschaft Bild/ Kunst und dem SPD-Parteivorstand (nicht-kommerziell) durch Fotoaufnahmen vervielfältigt werden (z.B. von Besuchergruppen), weil sie nicht im öffentlichen Raum steht. Fertigt man also selbst Fotos, dürfen dadurch nicht Urheberrechte Dritter verletzt werden, z.B. durch unerlaubte Kopie. Bilder von Außenansichten von Gebäuden oder von Kunstwerken im öffentlichen Raum dürfen hingegen gefertigt und verbreitet, u.U. aber nicht auch kommerziell genutzt werden (z.B. Vervielfältigung und Verbreitung von Fotos, auf denen ein Gewerbegebäude abgebildet ist und das als Motiv für eine Postkarte genutzt wird, die im SPD-Shop angeboten wird), §§ 823, 1004 BGB. Gebäudeaufnahmen vom öffentlichen Straßenland aus sind immer zulässig, von privatem Grund innerhalb der Schutzfrist hingegen nicht.

Grundsätzlich gilt – i.Ü. nicht nur für Bilder, sondern auch für alle Werke i.S.d. § 2 UrhG (wie z.B. Grafiken, Zeichnungen, Logos etc.) -, dass diese **nicht ohne Zustimmung** und i.d.R. auch nicht ohne Vergütung

Zusammenfassung: Nutzung von Werken nach dem Urhebergesetz (UrhG)



des/der Urhebers/Urheberin genutzt (insbesondere nicht kopiert, verbreitet und/oder bearbeitet) werden dürfen. Es besteht grundsätzlich Urheberechtsschutz, auch wenn keine Kennung oder ein "Copyrighthinweis" angebracht ist, und auch, wenn Schutz nach anderen Vorschriften (z.B. MarkenG) besteht. Der/die Nutzer/in ist hingegen immer zur Anbringung der Urheberechtskennung nach Vorgabe des/der Urhebers/Urheberin verpflichtet.

Bitte beachtet, dass bei Bildern, auf denen **Personen abgebildet** sind, grundsätzlich die Zustimmung der abgebildeten Person/en für die Verbreitung nachweislich bestehen muss, § 22 KUG. Wenn Ihr Bildrechte erwerbt (z.B. von Agenturen) und Personen dort erkennbar abgebildet sind, müsst Ihr auch immer noch die Nutzungsrechte der abgebildeten Person (**Persönlichkeitsrecht**) für den Zweck der konkreten Abbildung erwerben (sog. Model-Release-Lizenz). Auch wenn Ihr selbstgefertigte Bilder nutzt: immer nachfragen, ob die abgebildete Person mit der Verbreitung für den bestimmten Zweck einverstanden ist (mehr unter Punkt 5).

Kunsturhebergesetz (KunstUrhG oder KUG)

Lichtbilder, § 72 UrhG

2. Schutz von Lichtbildern und Lichtwerken

Schutzrechte an Lichtbildern, also Fotos jeglicher Art, die keine Werksqualität aufweisen (z. B. alltägliche Fotos aus dem Privatbereich), erlöschen **fünfzig Jahre** nach dem ersten Erscheinen des Bildes (oder nach der ersten erlaubten öffentlichen Wiedergabe etwa im Fernsehen oder Internet, falls dieses Datum früher liegt). In seltenen Fällen kann sich damit eine hundertjährige Schutzfrist ergeben (z.B. genießt ein Lichtbild aus dem Jahr 2000, das knapp vor der Fünfzigjahresfrist im Jahre 2050 erstmals veröffentlicht wird, einen Schutz bis Ende 2100).

Das Urheberrecht von Lichtbildwerken (Fotografien, die als persönlich geistige Schöpfungen zu werten sind, über das Alltägliche hinausgehen und sich durch Individualität auszeichnen) erlischt **siebzig Jahre** nach dem Tod des/der Urhebers/Urheberin; es kann nach dem Tode des/der

Lichtbildwerke, § 2 UrhG



Urhebers/Urheberin von seinen/ihren Erben (bzw. von Verwertungsberechtigten) geltend gemacht werden.

Die Fristen beginnen jeweils mit dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Lichtbild/ Lichtwerk hergestellt wurde.

3. Einräumung von Nutzungsrechten

Der/die Fotograf/in kann Lizenznehmern an seinen Bildern für bestimme Zwecke Nutzungsrechte einräumen, § 31 UrhG. Einräumung von Nutzungsrechten erfolgt meistens zeitlich und räumlich befristet sowie nicht ausschließlich, sondern in einfacher Form. Die Einräumung von Nutzungsrechten erfolgt i.d.R. gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung, § 32 UrhG. Welche Vergütung angemessen ist bestimmt zunächst der Markt. Es werden aber auch von der Mittelstandsvereinigung Foto (MFM) Marketing iährlich Vergütungstabellen veröffentlicht, an denen sich die meisten Fotografen orientieren; diese können als Richtschnur insbesondere im Falle der Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen dienen, wenn der/die Fotograf/in offensichtlich überzogene Forderungen beansprucht und die Vermutung nahe liegt, dass sich der/die Abmahner/in überwiegend ausschließlichdurch die wenn nicht Eintreibung von Schadenersatzansprüchen finanziert. Die Internetseiten Fotografen/Fotografinnen dienen dann nur dem Zweck, die überhöhten Lizenzkosten zu rechtfertigen.

Wenn z.B. für die Druckversion einer Werbebroschüre das Nutzungsrecht an einem Bild/einer Fotografie erworben wird, wird i.d.R. nicht für sämtliche Nutzungsarten (Internet, Werbespots etc.) ein Nutzungsrecht eingeräumt. D.h., wurde ein Nutzungsrecht z.B. nur für die Druckversion(en) erworben, muss das Nutzungsrecht zusätzlich für die Nutzungsart "Verbreitung auf der Internetseite X" oder für "Internetseiten" (öffentliches Zugänglichmachen im Internet nach §§ 31,

Einräumung von Nutzungsrechten gegen Lizenzgebühr-"theoretischer" Normalfall

Lizenzvergabe für bestimmte Nutzungsart(en)



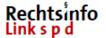
19 a UrhG) bzw. entsprechende Nutzungsarten erworben werden, wenn das Bild auch auf der Internetseite verbreitet werden soll.

Der/die Fotograf/in kann neben einfachen Rechten auch ausschließliche. neben bedingten Rechten auch unbedingte Nutzungsrechte an seinen/ihren Werken einräumen – das muss aber vor einer Nutzung geklärt werden. Nur wenn Ihr an dem benannten Werk das ausschließliche Recht zur Nutzung für alle bekannten unbekannten Nutzungsarten, zeitlich und und räumlich unbeschränkt, erhalten habt, könnt Ihr das Werk (Foto, Grafik, Zeichnung etc.) für alle Medien unbeschränkt einsetzen; wenn aber Personen auf einem Foto abgebildet sind, benötigt Ihr zusätzlich die Einwilligung der abgebildeten Person/en, für alle politischen Werbemaßnahmen der SPD das Bildnis - bis auf Widerruf - nutzen zu dürfen. Die Möglichkeit des Widerrufs sollte der abgebildeten Person immer eingeräumt werden.

Mustererklärung Model-Release anbei.

In sehr engen Grenzen dürfen Bilder auch ohne Zustimmung des Urhebers und ohne Vergütung zeitlich beschränkt genutzt werden, z.B. wenn das Bild in einem eigenen Werk - auch im Internet - als Zitat genutzt wird (absolute Ausnahme!). Inhaltliche Änderungen an dem Bild dürfen dann aber in keinem Fall vorgenommen werden. Zulässig ist jedoch, das Bild in seiner Größe für den beabsichtigten Zweck Zitat muss durch den besonderen Zweck anzupassen. Das gerechtfertigt sein und in seinem Umfang zum eigenen Werk (in das es einzubinden ist) eine eher untergeordnete Rolle spielen. Ferner muss auch dann die zitierte Quelle deutlich angegeben werden, wozu auch der Name des Urhebers des Bildes gehört. Hiervon kann aber nicht im werblichen Bereich Gebrauch gemacht werden. Bildzitate sind für die politische Arbeit nicht, allenfalls für politische Dokumentationen (z.B. in Broschüren über die rechte Szene etc.) möglich; von dieser Möglichkeit sollte nur in Absprache mit dem Referat Vertragsmanagement des SPD-Parteivorstands Gebrauch gemacht werden.

Bildzitate, § 51 Satz 2 Nr. 2 UrhG



4. Creative Commons

Creative Commons (CC) ist eine gemeinnützige Gesellschaft, die im Internet eine Plattform für verschiedene Standard-Lizenzverträge bereithält, mittels derer Urheber/innen (Fotografen/Fotografinnen) der Öffentlichkeit Nutzungsrechte Werken an ihren (grundsätzlich kostenfrei) einräumen können. Es wird dabei unterschieden zwischen kommerziellen nicht-kommerziellen und Nutzungen. Für beide Nutzungszwecke können Lizenzen erworben werden.

Es ist für die Creative-Commons-Lizenz (CC-Lizenz) bislang nicht politische Arbeit als "kommerziell" im Sinne der ob Lizenzbedingungen anzusehen ist. Nach richtiger Ansicht dürfte die Nutzung für satzungsmäßige oder entsprechende politische Zwecke als nicht-kommerziell einzustufen sein, für die politische Werbung hingegen als kommerziell. Die Grenze, wann politische Information endet und politische Werbung beginnt, ist aber schwer zu ziehen. Auch für Parteizeitungen und Internetauftritte, die sich durch Werbung (teilweise) (re)finanzieren, müssen CC-Lizenzen erworben werden, die auch für die kommerzielle Nutzung verwendbar sind. Für Wahlkampfzeiten raten wir nur von CC-Lizenzen Gebrauch zu machen, die auch kommerziell sind. nutzbar weil man davon ausgehen muss. Wahlkampfzeiten jedes Informationsmedium auch der Parteiwerbung dient.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Bedingungen für die CC-Lizenz auch so ausgelegt werden können, dass sogar jegliche politische Arbeit als "kommerziell" zu werten ist. Wenn eine Klärung vorab nicht möglich ist, besteht immer noch die Möglichkeit des Urhebers, nachträglich die Nutzung zu untersagen. Einer solchen Untersagung ist dann in jedem Falle unverzüglich Folge zu leisten.

Worauf Ihr unbedingt achten müsst ist:

- → Immer die URI (Uniform Resource Identifier) angeben,
- → Immer den **Urheber** deutlich unter dem Bild so **benennen**, wie er

Ist politische Arbeit "kommerziell" im Rahmen der CC- Nutzung?

Checkliste CC- Lizenz



dies vorgibt,

→ Bearbeitungen dürfen nur vorgenommen werden, wenn dies Deutlich gekennzeichnet wird!

Wir müssen uns zunehmend mit Abmahnungen auseinandersetzen, die Unterlassungs- und Schadenersatzansprüche, aufgrund von Urheberrechtsangaben, die nicht oder nicht wie vom/ von der Urheber/in gewünscht unter dem Bild angebracht sind, zum Inhalt haben. Jedenfalls Unterlassungsansprüche wegen der Verletzung des Persönlichkeitsrechts (§ 13 Satz 2 UrhG) dürften in einem solchen Fall auch berechtigt sein; Schadenersatzansprüche hingegen in den meisten Fällen (mit Ausnahme der Rechtsanwaltskosten) nicht.

5. Recht am eigenen Bild nach dem KunstUrhG/KUG

Bilder dürfen nur mit Einwilligung des Abgebildeten verbreitet oder öffentlich zur Schau gestellt werden, § 22 KUG; dies gilt jedenfalls für die Motive, auf denen Personen deutlich erkennbar abgebildet sind. Nach dem Tode des/der Abgebildeten bedarf es bis zum Ablaufe von 10 Jahren der Einwilligung der Angehörigen des/der Abgebildeten. I.d.R. muss der/die Abgebildete entlohnt werden.

Bildnisse von Personen dürfen also nicht veröffentlicht werden, wenn dadurch "berechtigte Interessen des Abgebildeten verletzt werden"; insbesondere soll jedermann gegen Bloßstellung, Entwürdigung und Herabsetzung geschützt werden. Personenfotos dürfen vor allem nicht in einen für den/die Abgebildete/n nachteiligen Zusammenhang gebracht werden, wobei schon die Möglichkeit genügt, dass das berechtigte Interesse des/der Abgebildeten verletzt wird – dies ist der Vorsicht halber daher im Zweifelsfall anzunehmen.

Die Abgrenzung ist schwierig. Als grobe Richtschnur hilft es, wenn man sich fragt, ob es irgendeinen subjektiven oder objektiven Grund geben könnte, warum eine Person Einwendungen gegen die Veröffentlichung in der konkreten Form erheben könnte. Prüffrage: "Könnte bzw. würde

Grundsätzlich: Keine Abbildung von Personen ohne deren Zustimmung, § 22 KUG



ich Einwendungen gegen die Veröffentlichung eines entsprechenden Bildes für den Fall einer vergleichbaren Publikation durch eine andere politische Partei, mit deren inhaltlichen Positionen ich auch nicht annähernd in Verbindung gebracht werden möchte, erheben? Bestünde die Gefahr, dass ich auf die Verbreitung meines Bildnisses hin angesprochen werde?"

Ausnahmen gibt es nur für die in § 23 KUG genannten Fälle, also z.B. bei Personen der Zeitgeschichte und für Versammlungen.

Ohne Einwilligung des Abgebildeten dürfen Bilder nur aus dem Bereich der Zeitgeschichte (z.B. Politiker, Schauspieler, sonstige Künstler), Bilder, auf denen die Personen nur als Beiwerk neben einer Landschaft oder sonstigen Örtlichkeit erscheinen und Bilder von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen veröffentlicht werden.

Bei Personen der Zeitgeschichte unterscheidet man zwischen relativen und absoluten Personen der Zeitgeschichte. Politiker/innen und Schauspieler/innen sind in der Regel durch ihr "In-die-Offentlichkeit-Zeit" Treten für eine unbestimmte absolute Personen Zeitgeschichte. Die Bekanntheit kann jedoch ggf. durch z.B. rein kommunale Tätigkeit räumlich beschränkt sein. Relative Personen der Zeitgeschichte sind hingegen solche Personen, die sich durch ein bestimmtes Ereignis und nur für eine begrenzte Zeit in die Öffentlichkeit setzen, gewollt oder ungewollt. Dazu gehören etwa Straftäter und i.d.R. auch DSDS-Stars (oder beide zusammen), aber auch Menschen, die sich beim Dschungel Camp oder bei Big Brother bekannt machen, wenn sie nicht schon vorher bekannt waren. Guido Westerwelle wird z.B. als absolute Person der Zeitgeschichte nicht schon dadurch nur zur relativen Person der Zeitgeschichte, weil er ins Big Brother Haus einzieht. Guido W. bleibt also relativ absolut, auch wenn man ihn politisch als absolut relativ beurteilen darf. Das gilt selbst dann, wenn die FDP von 14 Prozent bei der nächsten Bundestagswahl auf 4 Prozent fiele, weil dann nur die FDP relative Person der Zeitgeschichte

Personen der Zeitgeschichte, § 23 Absatz 1 Nr. 1 KUG



würde, nicht aber etwa Guido Westwelle in Person. D.h. Ihr dürft "Guido W." 20 auch noch in Jahren als Bildmotiv verwenden (persönlichkeitsrechtlich), "Petro" oder "Der Checker" oder wie die selbst ernannten Sternchen, die in einem halben Jahr keiner mehr kennt, auch immer heißen mögen, hingegen nicht. Immer, wenn Ihr Euch die Frage stellt: "Wer war denn noch mal ...?", liegt die Vermutung nahe, dass es sich um eine relative Person der Zeitgeschichte handelt mit dem Ergebnis, dass Ihr hier auch nur ereignisbezogen das Bildnis verwenden dürft (Berichterstattung etc.). Ihr dürft hingegen Bilder von Politikern/Politikerinnen anderer Parteien nutzen, so Ihr die Bildrechte vom/von der Fotografen/Fotografin erworben habt und Ihr das Bild nicht derart negativ verändert, dassohne dass dies gleich auffälltder Betrachter eine ungünstige Veränderung wahrnimmt. Dem/der Betrachter/in darf also keine unzutreffende Bildaussage präsentiert werden. Karikaturen oder offensichtliche Veränderungen sind hingegen (sofern Fotograf/Fotografin in die Bearbeitung nach § 23 UrhG eingewilligt hat) grundsätzlich zulässig.

Bei Bildern von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen, an denen neben Personen der Zeitgeschichte auch andere Person(en) teilgenommen hat/haben, ist darauf zu achten, dass keine Nahaufnahmen verbreitet werden. Es muss insbesondere auch der Veranstaltungscharakter erkennbar sein. Fotos, die an einem Info -Stand gefertigt wurden, stellen i.d.R. keine solchen Versammlungen dar! D.h. die Verbreitung von Fotos von Politikern/Politikerinnen in einer Menschenmenge (Demonstration, Parteiveranstaltung) hinsichtlich der etwaigen Erkennbarkeit von anderen Personen zulässig, wenn der Veranstaltungscharakter (ggf. mit der betreffenden Person der Zeitgeschichte) im Mittelpunkt steht. Informationsgespräche etwa mit Bürgerinnen und Bürgern an Infoständen sind hingegen keine solchen Versammlungen oder Aufzüge. Solche Motive, die gern für Kandidaten-Wahlwerbung genutzt werden, dürfen daher nur mit Einwilligung der betreffenden Personen verbreitet werden, da sie mit

Versammlungen und Aufzüge, § 23 Absatz 1 Nr. 3 KUG



dem Kandidaten zusammen den Bildmittelpunkt und Motivschwerpunkt darstellen und nicht nur etwa Teil einer Versammlung oder Beiwerk des Motivs sind.

Anwendungsfälle, auf denen Personen als Beiwerk – auch ohne deren Einwilligung - abgelichtet werden dürfen, gibt es für die politische Arbeit kaum. Ein Anwendungsfall läge allenfalls einmal vor, wenn Ihr Landschaftsaufnahmen oder Stadtbilder (z.B. von einer – politischen - Wanderung etc.) auf der Internetseite einstellt und auf den Fotos entfernt Personen zu erkennen sind, die das Bild aber in keinster Form prägen.

Grundsätzlich gilt, dass nicht schon das Fertigen von Aufnahmen, sondern erst die "Veröffentlichung ohne Zustimmung des Abgebildeten" unzulässig ist. Wenn daher in der Folge vom "Fotografieren" die Rede ist, ist damit gleichzeitig immer die Veröffentlichung des Fotos gemeint. Allerdings: Der/dem Berechtigten steht für widerrechtlich hergestellte Fotos ggf. ein Vernichtungsanspruch nach § 37 KUG zu.

KUG 1

Unbedenklich ist es, wenn bei der Aufnahme öffentlicher Gebäude oder Landschaften Personen mit abgebildet werden, auch wenn sie ggf. identifizierbar sind, sofern dies "unbeabsichtigt" geschieht und diese Personen das Bild in keiner Weise prägen, weil sie lediglich Beiwerk sind. Das Bild muss mit den im Hintergrund befindlichen Personen die gleiche Aussagekraft haben, als wären die Personen nicht auf dem Foto abgebildet worden.

KUG₂

Unzulässig ist es, wenn Personen in Privathäusern oder -gärten abgelichtet und die Bilder verbreitet werden - je privater und intimer die Umgebung wird, desto eher liegt ein berechtigtes Interesse am Unterbleiben der Veröffentlichung vor. Ggf. kann in solchen Fällen auch schon einmal ein Verstoß gegen das allgemeine Persönlichkeitsrecht

Personen als "Beiwerk" nach § 23 Absatz 1 Nr. 2 KUG

Beispiele zum KUG



(§§ 823 Absatz 2, 1004 BGB, Artt. 1 und 2 GG) allein durch das Fertigen der Bilder vorliegen. Fotoaufnahmen am Strand, im Pool oder am Baum sind hingegen dann grundsätzlich zulässig, wenn diese Bereiche einem allgemeinen Publikum zugänglich sind.

KUG 3

Personenfotos öffentlichen auf Veranstaltungen und/oder im öffentlichen Raum sind im Normalfall zulässig, denn es kann sich grundsätzlich niemand darauf berufen, dass berechtigte Interessen verletzt würden, wenn die Aufnahme die Person im Rahmen einer gewöhnlichen Handlung zeigt. Hingegen kann eine Wahlveranstaltung unter Umständen einen zufälligen Passanten in einen ungewünschten Zusammenhang bringen. Selbst Fotos einer Demonstration können berechtigte Interessen verletzen, wenn etwa ein gemäßigter Demonstrant zufällig vor einem radikalen Transparent dargestellt wird.

KUG 4

Bei privaten oder geschlossenen Veranstaltungen (Partys, Kindergartenoder Schulfeste, Betriebsfeiern etc.) ist eine Veröffentlichung von Personenfotos problematisch und sollte nicht ohne Zustimmung erfolgen. Das gilt auch für die Ablichtung von Personen bei der Vorbereitung einer öffentlichen Veranstaltung (z.B. Parteitagen), weil die Veranstaltung dann noch nicht öffentlich ist. Die Zustimmung kann aber angenommen werden, wenn die Veröffentlichung vorher angekündigt wird oder wenn offenkundig ist, dass zum Zwecke der Veröffentlichung fotografiert (z.B. wird Pressefotograf). Ortsvereinssitzungen, Lesungen, Filmvorführungen etc. im Rahmen von SPD-Veranstaltungen sollten Personen also vorher gefragt werden, ob sie mit der Veröffentlichung der Bilder einverstanden sind.

KUG 5

Der Schutz der Privatsphäre gilt auch für Personen, die im öffentlichen Leben stehen (Politiker, Künstler, Sportler, Funktionäre). Sog. "Paparazzi"-Fotos können daher berechtigte Interessen auch von



Personen der Zeitgeschichte verletzen. Das ist umso mehr anzunehmen, je persönlicher und intimer der Personenreis ist, in dem sie sich bewegen und je geringer der Zusammenhang zur öffentlichen Tätigkeit bzw. das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit ist.

KUG 6

Auch nach dem Tode können noch (Unterlassungs-)Ansprüche wegen einer Verletzung von (postmortalen) Persönlichkeitsrechten des Verstorbenen durch nahe Angehörige geltend gemacht werden. Nahe Angehörige sind Verwandte in auf- und absteigender Linie sowie der überlebende Ehegatte. Diese Ansprüche können von Angehörigen jedenfalls zehn Jahre nach dem Ableben des Betroffenen noch durchgesetzt werden; ggf. sogar über diesen Zeitraum hinaus.

Zum Schluss

Vor jeder Bildveröffentlichung solltet Ihr also klären:

- → ob Ihr die <u>Nutzungsrechte</u> an dem Bild für den Zweck (z.B. Internet, Werbeplakat) und die Art (Veröffentlichung, sonstige Verbreitung, Bearbeitung etc.) besitzt,
- → ob die Nutzungsrechte für den entsprechenden Zeitraum sowie den Verbreitungs-

ort (bei Internetnutzung: weltweit) vom Berechtigten erworben wurden,

→ ob abgebildete Personen ihre Zustimmung zur Verbreitung ihres Bildnisses erteilt

haben,

→ dass keine anderen Urheberrechte durch das Motiv bzw. keine sonstigen persönlichkeitsrechtlichen Belange bei der Veröffentlichung verletzt werden.

Solltet Ihr Fragen zur Nutzungsberechtigung von Bildern/Materialien haben, könnt Ihr Euch gern an mich wenden.

Alexander Grapentin Vertragsmanagement Wilhelmstraße 141 10963 Berlin <u>alexander.grapentin@spd.de</u> T.03025991- 201 / F. -400 Checkliste Bildnutzung